



Deutscher Bundestag
Finanzausschuß
Herr Eduard Oswald
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Torgau, 13.03.09

Anhörung Änderung des Umsatzsteuergesetzes am 18.03.09

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin geschäftsführender Gesellschafter der Kraftverkehr Torgau GmbH (Spedition), sowie der Kraftverkehr Torgau Citypost GmbH, ein seit 2001 lizenzierter Postdienstleister. Wir bieten unseren mittlerweile über 1000 Kunden im Regierungsbezirk Leipzig sämtliche logistische Dienstleistungen vom Brief, Paket über Kurier bis zu klassischen Speditionsleistungen weltweit aus einer Hand an. Ich beschäftige incl. Zeitungszusteller 450 Mitarbeiter, unser Fuhrpark umfasst derzeit 130 zulassungspflichtige Fahrzeuge.

Ich möchte mich ausdrücklich für Ihre Einladung bedanken, und freue mich, dass meine Meinung als Mittelständler zur Wettbewerbssituation im Postmarkt gefragt ist.

1. Deutsche Post DHL AG

Dies ist der neue Name des ehemaligen Staatsunternehmens, dessen Aktien sich mittlerweile zu 53% in den Händen ausländischer Investoren befinden. Dieses "ausländische Unternehmen", insofern schließe ich mich der Meinung von Herrn Professor Dr. Schwintowski an, an dem die Bundesrepublik Deutschland über die Kfz nur noch eine Minderheitsbeteiligung hält, ist keine „öffentliche Posteinrichtung“.



2. Universaldienstleistung

Wie definieren wir Universaldienstleistungen? Ich betreibe in meinem Einzugsgebiet, den Landkreisen Nordsachsen und Muldental mehr Annahmestellen als die Deutsche Post. Unsere Kunden können bei uns Ihre weltweite Post abgeben, wir befördern diese, zum Teil wesentlich günstiger, mit unseren Partnern auch auf jede Hallig oder jede Alm in Oberbayern. Aktuell richten wir gerade wieder in 2 Gemeinden mit je 2000 Einwohnern, die die Deutsche Post verlassen hat, in eben-diesen Post-Points unsere Annahmestellen ein. Am 2.3.09 hat die Deutsche Post in der brandenburgischen Kreisstadt Herzberg (12.000 Einwohner) Ihren letzten Post-Point geschlossen. Somit ist diese Kreisstadt im Moment ohne Vertretung der Deutschen Post. Ist dies noch eine Universaldienstleistung??

3. Wettbewerb

Ich zitiere § 1 des Postgesetzes:“ Zweck dieses Gesetzes ist es, durch Regulierung im Bereich des Postwesens den Wettbewerb zu fördern.....“. Durch die steuerliche Ungleichbehandlung, sowie die Einführung des Postmindestlohns wird der komplette Zweck dieses Gesetzes ad absurdum geführt. Nur eine steuerliche Gleichbehandlung für alle Marktteilnehmer eröffnet die Chance für einen fairen Wettbewerb mit gleichen Waffen.

4. Marktsituation

Wir generieren ca 75 % unseres Postaufkommens von nicht vorsteuerabzugsberechtigten Körperschaften des öffentlichen Rechts (Finanzämter, Landratsämter, Gerichte und Kommunen). Ca 20% erhalten wir von Mittelständlern und Selbstständigen, und nur 5 % unseres Aufkommens generieren wir bei Privatpersonen. Um mit der DP AG zu konkurrieren, müssen wir bei den nicht vorsteuerabzugsberechtigten Kunden immer automatisch mindestens 19 % preiswerter anbieten. Seit 1.1.08 benötigt die DP AG keine Entgeltgenehmigung mehr bei Einlieferungen von mehr als 50 Stück, das heißt, sie kann beliebige Rabatte gewähren. Dies ist ein Ergebnis des Wegfalls des Monopols zum 1.1.08, wird jedoch durch obige steuerliche Ungleichbehandlung konterkariert. Daher hier an dieser Stelle der dringende Appell an den Gesetzgeber, entweder alle Postdienstleistungen für alle lizenzierten Marktteilnehmer steuerpflichtig oder steuerfrei zu stellen

5. Steuerliche Auswirkungen einer Umsatzsteuerbefreiung

Wie bereits erwähnt, erzielen wir 75 % unseres Umsatzes bei der öffentlichen Hand, der wir natürlich Umsatzsteuer in Rechnung stellen. Da diese an uns durch die öffentliche Hand gezahlt wird, und wir diese nur weiterleiten, ist dies für den Finanzminister nicht wirksam. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass die öffentliche Hand durch die begonnene, beschränkte Öffnung des Postmarktes in den vergangenen Jahren bis zu 30 % Portoeinsparungen hatte und somit schon positive Effekte für den Staatshaushalt zu verzeichnen waren. Für die vorsteuerabzugsberechtigten Kunden ist es ein durchlaufender Posten und ebenfalls steuerlich nicht wirksam, lediglich 5 % (Privatkunden) würden sich über eine weitere Preissenkung beim Porto um 19 % im Superwahljahr 2009 sicherlich sehr freuen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass die DP AG keine öffentliche Posteinrichtung mehr ist, und durch den ständigen Abbau von Filialen nicht mehr flächendeckend vertreten ist. Wenn im Postmarkt gemäß § 1 PostG echter, fairer Wettbewerb gewünscht ist, muß es endlich eine Gleichbehandlung aller lizenzierten Marktteilnehmer geben. Die Grundversorgung der Bevölkerung sehe ich nicht gefährdet, vielmehr profitieren bereits heute große Teile der Bevölkerung von preiswerteren Postdienstleistungen. Ein fairer Wettbewerb ist auch die Grundvoraussetzung zur Bildung von flächendeckenden Netzwerken, aufgrund der Komplexität der Logistik, ist diese Flächendeckung nicht so einfach und schnell zu erreichen wie z.B. im Mobilfunkmarkt.

Mit freundlichen Grüßen



Theobald
(Geschäftsführer)